

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsstelle
Tageblatt Riessa,
Bernau Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riessa, des Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptpostamts Riessa bestellungsweis bestimmt Blatt.

Verlagskonta
Dresden 1880
Groschauer
Riessa Nr. 52.

Nr. 194.

Montag, 10. August 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Stützrens von Publikationsberechtigungen, Gebühren der Abnahme und Materialkosten behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen bis 20 mm breite, 2 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restamteile 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontants gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Künftige Unterhaltungsbeiträge "Erähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangas & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: GutsMuths 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ahlemann, Riessa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riessa.

Rückzug in der Außenpolitik.

Von unserem Berliner Vertreter.

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist am Sonntag von seinem Urlaub nach Berlin zurückgekehrt. Wie wir von maßgebender Seite erfahren, ist in der Hauptfrage des Rückzugs in der Außenpolitik keine Schwierigkeit zu erwarten, wenn der Stand der Außenpolitik, wenn er auch im Urlaub dauernd unterrichtet wurde, zunächst in Berlin genau nachprüfen muß. Infolgedessen werden während der ganzen Woche im Auswärtigen Amt Verhandlungen stattfinden, um alles Material zusammenzutragen, dessen der Außenminister bedarf, wenn er in Paris Gelegenheit nehmen will, ankündend an frühere Verhandlungen, die alten deutschen Forderungen wiederum und nachdrücklich auch dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré gegenüber zu betonen.

Wie uns wieder von einer unterrichteten Seite mitgeteilt wird, war es von vornherein Stresemanns Absicht, an der Konferenz in Paris teilzunehmen, und wenn seine Aufgabe so lange hinausgezögert worden ist, geschah es lediglich zu dem Zweck, um die Situation auszuräumen und überreife französische Forderungen, die gerade in der letzten Zeit auftraten, zum guten Abschluß zu führen. So gelang es auf diese Weise, den Zweifelsfall zwischen Frankreich und Deutschland zu klären. Frankreich versicherte auf die Auslieferung der drei Deutschen und hat weiterhin sich sogar bereit erklärt, grundsätzliche Erörterungen über die Auslieferungsfälle überhaupt zu beginnen. Weiterhin ist es gelungen, bereits eine bedeutende Milderung der Forderung der Walfangkonferenz zu der Frage des Rückzugs beim Bahnhofs zu erreichen. Wenn diese Angelegenheit auch noch nicht vollständig im deutschen Sinne erledigt wurde, so erwartet man, daß noch vor der Abreise Stresemanns nach Paris eine Ueberreife erreicht sein wird, so daß auch diese Schwierigkeit als rechtzeitig beseitigt gelten kann. Die noch übrig bleibende Milderung der Forderung im Bereich des Gebietes. Aber auch in dieser Angelegenheit sind bereits diplomatische Verhandlungen im Gange. Es hat den Anschein, als ob es nicht mehr möglich sei, das einmal festgelegte englisch-französische Mandat abzulassen, weshalb hier eine Beweismittel der deutschen Erregung erfolgen wird durch offizielle französische Rundgebungen, die zu erkennen geben, daß lediglich militärische Gesichtspunkte in diesem Wandel geführt haben, eine Spitze aber gegen Deutschland nicht beabsichtigt gewesen sei.

Die Spionageangelegenheit, die neuerdings so viel Staub aufwirbelt, weil sie erkennen läßt, daß nicht nur die französische Industrie, sondern auch beherrschende Stellen im deutschen Fabrikationsgeheimnisse bemühen, soll nicht als politischer Fall angesehen werden, sondern auf diplomatischem Wege Regelung finden. So kann Stresemann nach Paris gehen, ohne durch Schwere, zu den großen Problemen nebensächlichen Fragen besetzt zu werden. Er braucht nach Lage der Sache und auch nach den Bemühungen der französischen Regierung die Unterabteilungen nicht auf diese Zwischenfälle einzugehen, sondern kann tatsächlich in erster und eingehenden Gelehrten die von ihm nun schon so oft behandelten großen Probleme zur Beratung stellen und sich mit Nachdruck für ein französisches Entgegenkommen einsetzen. Während der laufenden Woche wird sich also der Außenminister auf diese Verhandlungen richten können und wie es heißt, neues Beweismaterial mitzubringen vermögen, das auch die Franzosen davon überzeugen muß, wie unzulänglich und ungerichtet die bisherigen Verhandlungen waren und eine Vertiefung sowohl in der Rheinlandfrage wie in der Reparationsfrage im Interesse Frankreichs ebenfalls liegen muß.

Oberschlesische Schulstreikwerbe.

Es gehört fast schon zu dem Tagesprogramm der Völkerverständlichungen dazu, daß die deutsche Winderbeit in Oberschlesien Bekanntheit findet über die Grundhaltung des Winderbeitsschulstreiks durch die polnischen Behörden. Nicht weniger als drei eingehend begründete Beschwerden sind zu der kommenden Ratstagung eingereicht worden. Auf Anordnung der Weimarer Regierung sind am 30. Juni, dem Ende des polnischen Schuljahres, 16 Winderbeitsschulen geschlossen worden. Der Deutsche Volksbund zeigt gerade in seiner Beschwerde, daß er durchaus nicht generell sich gegen die Schließung von Winderbeitsschulen wendet. Er erkennt die Berechtigung in einzelnen Fällen an, in denen die erforderliche Winderbeitsschulen im Augenblick gerade nicht vorhanden war. In Oberschlesien allerdings, unter deutscher Verwaltung, ist man nicht so kleinlich. Im Regierungsbezirk Oppeln werden eine ganze Reihe von Winderbeitsschulen weiter offen gehalten, obwohl sie die vertraglich vorgeschriebene Anzahl von Schülern nicht erreicht haben. Deutschland betätigt eine außerordentlich loyalen und weitberzigen Winderbeitsschulpolitik, ohne allerdings bisher die Hoffnung erfüllt zu sehen, daß im polnischen gewordenen Teile Oberschlesiens dieselbe Gerechtigkeit Platz greift. Es wäre auch im Interesse Polens wünschenswert, wenn die polnische Regierung endlich einmal dafür sorgen würde, daß die Beschwerden der ober-schlesischen deutschen Winderbeitsschulen von dem Tagesprogramm des Völkerverständlichungen verschwinden könnten.

Die Sozialdemokraten bleiben in der Regierung.

Abg. Berlin. Im Reichstag fand, wie wir bereits am Sonnabend berichtet haben, am Sonnabend eine gemeinsame Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt, die sich mit der Haltung der sozialdemokratischen Minister bei dem Reichstagsbeschluss vom Bau des Panzerschiffes A beschäftigte. Reichskanzler Hermann Müller begründete die Stellungnahme der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder. In der lebhaften Aussprache, die sich bis in die späten Abendstunden hinzog, wurde von den Vertretern des linken Flügels die Zurückziehung der sozialdemokratischen Minister aus dem Kabinett gefordert. Mit etwa vier Fünftel Mehrheit wurde jedoch als Ergebnis der Beratungen folgende

Entscheidung

angenommen:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der sozialdemokratische Parteiausschuss treten dem am 15. August gefassten Beschluss des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion über die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei dem Panzerschiff A bei. Sie bezeichnen, daß die sozialdemokratischen Minister dem Beschluss des Kabinetts unter Verzicht auf vorherige Beratung der Fraktion und des Parteiausschusses zugestimmt haben. Fraktion und Parteiausschuss halten die enge Fühlungnahme zwischen ihnen und den

Regierung angehörenden Genossen in allen politischen Fragen für eine unabwendbare Notwendigkeit. Fraktion und Parteiausschuss halten die Beteiligung an der Regierung mit Rücksicht auf das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse für außerordentlich wichtig. Sie teilen daher aus der Entscheidung des Kabinetts, die die Ausführung eines vom letzten Reichstag beschlossenen Gesetzes betraf, trotz ihrer grundsätzlich abweichenden Auffassung über den Erlass des Panzerschiffes nicht die Notwendigkeit, unsere Genossen zum Rücktritt aus dem Kabinett anzufordern.“

Das Panzerschiff A.

Abg. Berlin. Der vom Chef der Marineleitung den Deutschen Werften übertragene Auftrag zum Bau des Panzerschiffes A ist nicht so zu verstehen, als ob nun sofort mit den Arbeiten begonnen würde. Der Auftrag ist erst zum 1. September erteilt worden.

Rückkehr Stresemanns nach Berlin.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist Sonntag abend von Oberhof nach Berlin zurückgekehrt. Er übernimmt heute Montag wieder die Geschäfte des Auswärtigen Amtes.

Programm der Beratungen bei der Unterzeichnung des Kelloggpatentes.

Paris. Die Agentur Havas gibt das Programm der anlässlich der Unterzeichnung des Kelloggpatentes vorzunehmenden Beratungen, das allerdings erst von dem am 23. August stattfindenden französischen Ministerrat endgültig festgelegt werden wird. Demnach wird am Abend der Unterzeichnung, also am 26. August, der amerikanische Staatssekretär Kellogg den Bevollmächtigten ein Diner geben. Nach der Unterzeichnung des Patentes, die am Nachmittag des 27. August stattfindet, wird am Montag ein Diner mit anschließendem diplomatischem Empfang stattfinden. Tags darauf wird der Präsident der Republik die Bevollmächtigten im Schloß von Rambouillet empfangen. Am gleichen Tage wird die Stadt Paris im Rathaus einen Empfang veranstalten.

Alle zur Unterzeichnung eingeladenen Mächte haben diese Einladung angenommen und die Namen ihrer Bevollmächtigten mitgeteilt, mit Ausnahme von Italien und Polen, deren Antworten noch nicht eingetroffen sind.

Antwort Kelloggs an Chamberlain.

New York. (Funknachricht.) Staatssekretär Kellogg antwortete Chamberlain auf dessen Mitteilung, daß er insofern seines Gesundheitszustandes an der Unterzeichnung des Kelloggpatentes nicht teilnehmen könne, mit folgendem Telegramm:

„Ich teile Ihre Ansicht, daß der Kelloggpatentschluß einen deutschen Fortschritt zum allgemeinen Frieden darstellen wird. Es wäre mir eine große persönliche Befriedigung gewesen, wenn Sie an der Unterzeichnung des Patentes hätten teilnehmen können.“

Bulgarien

vor schwerwiegenden Entscheidungen.

Sofia. (Telunion.) Trodem die bulgarische Presse mit Auslandsmeldungen über den diplomatischen Schritt der Westmächte gefüllt ist und über die Forderungen Englands und Frankreichs Einstimmigkeit herrscht, bemüht sich die Regierung weiter, den Besuch der Gesandten als gänzlich bedeutungslos hinzustellen. Diastoff hat am Freitag mit dem Kriegsminister eine längere Unterredung angeht über die Forderungen der Westmächte gehabt. Wie verlautet, neigt Diastoff nun auch der Auffassung zu, daß das von den Westmächten gewünschte Vorgehen gegen die Mazedonier unannehmbar sei. Im Anschluß an die Aussprache reiste Diastoff nach Warna, wo auch Außenminister Buzakoff weilte, um dem Baron Bericht zu erstatten. Nach der Zusammenkunft mit dem Baron werden beide Minister nach Sofia zurückkehren, um im Ministerrat Beschlüsse über etwaige weitere Maßnahmen zu fassen.

Die Frage der Krisenfürsorge.

Berlin. Bei der Tagung des sozialdemokratischen Parteiausschusses nahm im Verlauf der Debatte, den Vätern zufolge, Reichsfinanzminister Dr. Gilsberg das Wort, um zur geplanten Erweiterung der Krisenfürsorge die Erklärung abzugeben, daß er und seine sozialdemokratischen Ministerkollegen im Reichskabinett den Antrag stellen werden, die Krisenfürsorge allgemein von 26 Wochen auf 30 Wochen auszuweiten.

Einberufung des Kelloggpatents des Reichstags.

Berlin. (Funknachricht.) Präsident Lohse hat, wie das Reichsbüro des Völkerverständlichungen für Montag, den 27. August, vormittags 11 Uhr eingeladen, um über den kommunikativen Antrag auf Einberufung des Reichstages wegen der Inangriffnahme des Panzerschiffbaues zu entscheiden.

Schwerer Unfall beim Dreiflügelflugtag Glandau-Neerane-Crimmitschau.

Das Dreiflügel Flugzeug Felsches abstürzt.

Crimmitschau. (Tel.) Der am gestrigen Sonntag veranstaltete Dreiflügelflugtag Glandau-Neerane-Crimmitschau, der als Propagandaveranstaltung zur Anlage eines gemeinsamen Flugplatzes der genannten drei Städte auf der Höhe des Albersen Weilers zu betrachten war, nahm bei ausgezeichnetem Flugwetter und in Gegenwart von 25-3000 Zuschauern einen verheerenden Verlauf. Nach einem Dreiflügelanflug und einem Begrüßungsflug aller anwesenden Flugzeuge zeigte der deutsche Meister im Dreiflügelanflug, Gerhard Fieseler, seine hohe Schule durch Sturzflüge und besonders durch minutenlanges Rückwärtsfliegen. Mitteln in der Flugbegleitung der Taxifluggesellschaft trat dann plötzlich ein schwerer Unfall. Beim Zielabwärten der Rückfluggesellschaft geriet das Flugzeug Felsches mit dem Piloten Wilton Rode am Bord ins Trudeln und stürzte aus geringer Höhe mitten auf den Flugplatz. Das Flugzeug schlug mit dem Besatzler auf die Erde und legte sich dann auf den Rücken, den Piloten unter sich begrabend. Mit schweren Bein- und Kopfverletzungen wurde Rode sofort ins Glandauer Stadtkrankenhaus gebracht. Das Flugzeug wurde sehr schwer beschädigt. Die sonst glänzend verlaufene Flugveranstaltung nahm dann nach einem wohlgeleitungen Festsitzwahlprogramm ein schnelles Ende.

Schwerer Zusammenstoß zwischen Autobus und Straßenbahn.

Wien. Gestern abend kurz vor 9 Uhr erfolgte am Oberländer Ufer ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem mit Ausflüglern besetzten Kraftwagen aus Remscheid und einem Straßenbahnwagen. Bei dem Zusammenstoß wurden 25 bis 30 Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Eine Frau wurde tot unter den Trümmern hervorgezogen. Bei den vielen Verletzten handelt es sich in der Hauptsache um Schüler, Beamte und Bedienstete. Die Feuerwehr war sofort mit 4 Löschzügen und 8 Kraftwagen zur Stelle. Die Verletzten wurden in verschiedenen Krankenhäusern untergebracht.